



Nicht verhandelbar

Zum Entwurf der angestrebten Bildungsreform sind im zuständigen Ministerium über 1200 Stellungnahmen eingelangt. Dies, obwohl die Bildungsministerin vor Beginn des Begutachtungsverfahrens erklärt hatte, dass die Eckpunkte nicht verhandelbar seien. Man fragt sich natürlich, weshalb sie dann überhaupt eine Begutachtung durchführt.

Ein besonders umstrittener Punkt sind die sogenannten Schulcluster. Mit diesem Modell können Schulen zu einem größeren Verband zusammengeschlossen werden und damit Direktorenfunktionen eingespart werden.

Tatsächlich können die Schulcluster für Kleinschulen eine Chance sein.

Tatsächlich können die Schulcluster für Kleinschulen eine Chance sein. Diese sind in den letzten Jahren vor allem von technokratischen Einrichtungen wie dem Rechnungshof kritisch hinterfragt worden, weil sie im Vergleich zu größeren Schulen teurer seien. Der Schulcluster

würde es ermöglichen, die einzelnen Standorte zu erhalten und gleichzeitig Synergien aus dem Zusammenschluss mit größeren Einheiten zu erzielen. Auch dass die Entscheidung, ob bei Pflichtschulen ein Schulcluster gebildet werden soll, von der jeweiligen Landesregierung und nicht etwa vom Bundesministerium getroffen wird, ist positiv.

Kritiker befürchten jedoch eine zwangsweise Zusammenlegung bisher leicht überschaubarer Kleinschulen zu unübersichtlichen riesigen Einheiten mit bis zu 2500 Schülerinnen und Schülern mit dem vorrangigen Ziel, Direktorenposten einzusparen. Die Erläuterungen des Entwurfes sprechen zwar beschwichtigend davon, dass der Cluster „idealerweise“ in einem Prozess erfolgen werde, der von allen Beteiligten gemeinsam getragen werde. Aber was ist, wenn der „Idealfall“ nicht eintritt?

In einem jüngsten Interview erklärt Bildungsministerin Hammerschmid beruhigend, die Cluster würden in erster Linie dem Zusammenschluss von Kleinschulen dienen. In der Stadt erwarte sie „nicht rasend viele Cluster“. Sie hofft aber, mit den eingesparten Direktorenposten „700 bis 1000 Verwaltungsstellen“ finanzieren zu können. Offensichtlicher kann man sich selbst nicht widersprechen: Wer sich auch nur ein bisschen in der Verwaltung auskennt, weiß, dass man im Gegensatz zur Aussage der Bildungsministerin sogar „rasend viele“, nämlich einige Hundert Cluster bilden wird müssen, um zusätzliche Posten in dieser Menge finanzieren zu können. Ganz abgesehen davon fragt man sich, was die Ministerin mit 1000 neuen „Verwaltungsstellen“ anfangen will. Wäre es nicht klüger, in zusätzliche Pädagogen und Sozialarbeiter zu investieren?

Diese Verschleierungstaktik ist nicht gerade geeignet, Vertrauen aufzubauen. Aber das will die Ministerin vielleicht gar nicht, die Eckpunkte sind ja nicht verhandelbar.